

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl – Privater politischer Brief – Nr. 23 - 1.12.2018

Was zu viele Medien aus dem realen Europa machen

Seit Wochen mehren sich diese Szenen: Im Fernsehen wird unser Europa immer öfter mit „Krise“ verbunden. Nicht nur im verständlichen Einzelfall des England-Austritts sondern quer und phrasenreich. Es wird also Zeit, die reale Lage zu zeigen. Sie ist besser als mancher denkt.

Denn erst in den letzten Wochen demonstrierten die 27 EU-Staaten Geschlossenheit in Sachen Brexit. Und dies tun sie oft, wenn es um EU-Substanz geht. Zuweilen auch diskret. Dabei erfuhren die Europäer freilich nie genau, wie es seit Monaten zur rapiden Abnahme der Flüchtlingsgruppen (aus Algerien/Libyen bis zum Südbalkan) kam. Hier wirkten offenbar (endlich !) Italiener und Griechen mit Briten und Franzosen zusammen. Im Effekt: erfolgreiche Geschlossenheit!

Verständliche Aufregung herrscht darüber, dass sich neue EU-Mitglieder wie Polen oder Ungarn an „Brüssel“ reiben. „Man“ will sich nicht „kommandieren“ lassen. Vergessen wird, dass sich die Briten nach ihrem halbherzigen EU-Beitritt in 1973 ebenso verhielten. Und noch etwas wirkt heute: Die Deutschen begreifen zu selten, dass sich Staaten, die jahrzehntlang von Diktatoren regiert worden, „brüssel-skeptischer“ als wir verhalten. Und das gilt nicht nur für Polen, sondern ähnlich für Spanier, Portugiesen und einige Griechen. Doch nicht nur Unterschiede zwischen den Genannten wirken, auch solche, an die so gut wie niemand denkt. Wer weiß denn noch, dass die Norweger zwar gegen den EU-Beitritt stimmten, doch seitdem kräftig in eine gemeinsame Kasse zahlen? Wie die Schweiz, die zweimal vor der Mitgliedschaft kniff und dennoch zahlt.

Die heutige EU verbindet 27 europhile, europhobe und sogar neutral verharrende Staaten, weil sie das machtpolitisch Wichtigste realisiert hat: Unabhängigkeit von Washington und Moskau. Dass ein gewaltiges Netzwerk von Verträgen und Regeln den „Block“ zusammenhält, wissen sogar viele Politiker nicht. Richtig sichtbar wurde dieses System erst durch den angekündigten Briten-Austritt. Diplomaten reagierten wie dieser Brite: „Wir mussten lernen, dass sich in der EU tausende von Kleinverträgen und Absprachen entwickelt hatten.“ Allein diese Tatsache widerlegt das Medien-Gerede von „auseinanderfallenden“ EU.

Wahr ist freilich, dass jetzt z.B. Italien mehr kriselt als es die EU bisher erlebte. Man kann nur hoffen, dass Rat, Kommission und Parlament genug Einfälle haben oder bekommen, um die Italiener wieder zu den treuen Europäern machen zu können, wie sie es zu den Zeiten De Gasperis oder Adenauers waren.

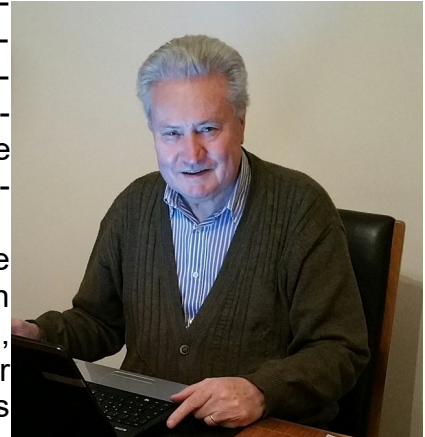
JW

Dr. Thomas Jansen

Ich mache im Blick auf die gegenwärtige problematische Europa-Debatte aufmerksam auf „Walter Hallstein, Der unvollendete Bundesstaat. Europäische Erfahrungen und Erkenntnisse“ (Erschienen 1969)

Vor fünfzig Jahren veröffentlichte Hallstein unter dem bezeichnenden Titel „Der unvollendete Bundesstaat“ die Summe seiner Erfahrungen und Erkenntnisse aus aktiver Mitwirkung an der Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses. Er hatte von 1958 bis 1968 als Gründungspräsident die Europäische Kommission – zunächst **EWG-Kommission**, dann **Kommission der Europäischen Gemeinschaften**; geleitet und geformt; er gehörte zu den einflussreichsten Mitgestaltern der europäischen Verträge. // Sein Text ist aktuell geblieben, besonders im Hinblick auf die heute virulenten Versuche, den europäischen Einigungsprozess in wesentlichen Teilen rückgängig zu machen u. Als **Bündnis** zu interpretieren, aus dem die Mitgliedstaaten Vorteile ziehen und im Übrigen ohne Rücksicht aufeinander ihre Souveränität austoben können.

Die Sache, um die es ihm ging, ist die Europäische **Gemeinschaft**. Er befasst sich mit den Motiven und Anlässen für ihre Gründung, mit ihrer Entwicklung, mit ihren Werten, ihrer Verfassung, ihren Organen und ihren Politiken. Er beschreibt auch die Interessen, die den Einigungsprozess leiten und analysiert die Widerstände, die sich ihm entgegenstellen. Er legt dar, dass die Europäische Gemeinschaft ein



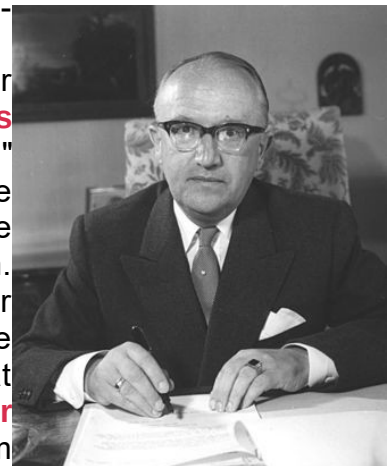
Dr. Thomas Jansen

Produkt des Rechts ist, eine Rechtsordnung, die ihrerseits mit den Mitteln des Rechts Regeln produziert, also Recht setzt, um die Verhältnisse im Sinne der Prinzipien zu gestalten, die im europäischen Integrationsprozess verwirklicht werden sollen. Hallstein zählt diese Grundwerte auf: „Friede, Einheit, Gleichheit, Solidarität, Wohlstand, Fortschritt und Sicherheit“ und erläutert, wie sie in einem jeweils sich ergänzenden Verhältnis zueinander stehen und wie sie in der Konstruktion und in der Politik der Gemeinschaft zum Ausdruck kommen.

Die Europäische Gemeinschaft ist also eine Rechtsgemeinschaft. Mit der ihm eigenen Präzision schreibt Hallstein:

„Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist in dreifacher Hinsicht ein Phänomen des Rechts: **Sie ist Schöpfung des Rechts, sie ist Rechtsquelle, und sie ist Rechtsordnung.**“

Sie sei aber ebenso sehr eine politische Gemeinschaft. Ihre Organe – Rat, Parlament und Kommission – sind politisch, ihre Tätigkeiten sind politisch und ihre Wirkungen sind politisch. Insofern ist die Politische Union seit der Gründung in der Gemeinschaft vorgeformt. Das gilt auch für ihre föderale Gestalt, die zwar nicht schon als Föderation oder Bundesstaat qualifiziert werden kann, jedoch durchaus als **unvollendeter Bundesstaat**. Hallstein: „Diese Gemeinschaft wurde nach einem Leitbild organisiert, dessen auffälligste Züge föderal sind.“



Walter Hallstein

Die raison d'être dieser Europäischen Gemeinschaft, besteht darin, Recht zu setzen, um auf diese Weise, also mit den Mitteln der Rechts, die Beziehungen der am Einigungsprozess beteiligten Staaten auf eine neue Weise zu gestalten. Dadurch entsteht eine völlig neue Qualität der internationalen Beziehungen, die **transformiert werden in binnenpolitische Beziehungen innerhalb eines einzigen Rechts- und Regelraumes.**

Indem Hallstein auf der Sachlogik insistiert, geht es ihm darum, Kräfte und Dynamik zu mobilisieren, die sich aus dem Umstand ergeben, dass politisches Handeln, sofern es im Sinne der ihm zugrunde liegenden Motive erfolgreich sein will, Kohärenz erfordert. Zum Beispiel verlangt die Herstellung der Freizügigkeit für Menschen, Geld und Güter, dass ein grenzenloser, einheitlicher Markt verwirklicht wird, der wiederum **die Einführung einer gemeinsamen Währung verlangt**, mit der sich zwingend die Frage nach der demokratischen Verantwortung im neuen politischen Raum stellt.

Fünfzig Jahre später können wir feststellen, dass Hallstein mit seiner These von der Sachlogik, die dem Integrationsprozess innewohnt, recht behalten hat - gegen alle die Skeptiker die meinten, das damit verbundene 'optimistische' Konzept der Einigung Europas als naiv abtun zu können. Wenn aber die Sachlogik funktionierte, und zwar nicht nur auf einer theoretischen Ebene, sondern auch als praktische Triebfeder für die Entwicklung der Gemeinschaft und ihrer Politiken, so ist das vor allem der Existenz und der Wirkung der Institutionen zu verdanken, vor allem auch der Kommission. - Logisch bleibt, diese Institutionen im Sinne ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken, hier nicht nur die Kommission, sondern auch und vor allem den Ministerrat (durch Generalisierung der Mehrheitsentscheidung) und das Parlament (durch Generalisierung der Mitentscheidung).

Die Gemeinschaft/Union braucht, um stark zu sein und um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, neben einer starken, unabhängigen Kommission auch einen starken, entscheidungsfähigen Ministerrat, und ein selbstbewusstes und einflussreiches Parlament

Es ist an der Zeit, Hallsteins zukunftsweisende Buch neu aufzulegen. Allein das mitreißende Schlusskapitel, in dem Hallstein seine heute noch gültigen Lehren aus den Erfolgen und Misserfolgen der ersten Jahre der europäischen Gemeinschaftsentwicklung zieht, würde dies rechtfertigen.

Ergebnisse ihrer Klimaforschung und Klimapolitik veranlassen China zu einer gewaltigen nukleartechnischen Anstrengung. Sie erfolgt in einer Zeit, in der deutsche Medien die Falschmeldung verbreiten, China gehe zu einer der deutschen gleichen Energiepolitik über. Unser Text stammt aus den USA

China's nuclear generating capacity must increase to 554 GWe by 2050 if the country is to fulfill its part in meeting a proposed target of limiting global temperature rise to below 1.5°C, according to a study by the National Development and Reform Commission's Energy Research Institute.

The Paris Climate Change Agreement, which entered into force in November 2016, aims to limit the global temperature rise to below 2°C by 2100. The agreement also aims to drive efforts to limit temperature increases to below 1.5°C. Researchers at China's Energy Research Institute analysed the nuclear power capacity needed in the country by 2050 to realise the 1.5°C target, as well as the feasibility, necessary measures and difficulty.

China's nuclear power capacity will need to increase from 26 GWe in 2015 to 554 GWe in 2050, the study concluded. The share of nuclear power in country's energy mix would increase from 3% to 28% over this period. The study noted that, up to the end of August 2017, 37 power reactors were in operation in China, with a combined generating capacity of 35,820 MWe. A further 19 reactors with an installed capacity of 22,140 were under construction.

An additional 290 reactors will need to be constructed in order to add a further 361.3 to 433.3 GWe of generating capacity, depending on the size of the reactors built. Report: "Only if the additional nuclear reactors all feature large capacities similar to CAP1400 in the future, and the annual uptime of nuclear power plants reaches 7500 hours, can the demand of the 1.5°C target for nuclear power in China be met narrowly."

To achieve this growth in nuclear generating capacity, new reactors must be built at a rate of ten per year up to 2046. China's three major equipment manufacturing bases currently have the capacity to supply 10-12 reactors annually, the study notes. However, the country's nuclear power plant construction capacity would need to double. In addition, the workforce required to operate nuclear power plants would also be ten-times the current size.

With regards to the cost of constructing up to 433.3 GWe of new nuclear capacity, the study says that assuming an "all-in cost" of CNY20,000 (USD2867) per kW, an investment of more than CNY8.7 trillion (USD1.3 trillion) will be required. Based on investment in new capacity over the past few years, the 2050 total investment demand is "feasible".

"If by 2050, around 21% of China's electricity is generated with nuclear energy, nuclear and renewable power will basically account for over 80% in the power mix," the report concludes. "In such context, total installed nuclear power capacity only needs to reach around 415 GWe, which is easy considering available site resources, nuclear power construction capacity, available funds, and the operation and management talents pool."

A large increase in the use of nuclear power would help keep global warming to below 1.5 degrees, according to a United Nations report. The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) special report - Global Warming of 1.5 degrees - was commissioned by governments at the Paris climate talks in 2015 and will inform the COP24 summit in Katowice, Poland this December. The nuclear industry has set the goal for nuclear energy to provide 25% of global electricity by 2050. This will require trebling nuclear generation from its present level. Some 1000 GWe of new nuclear generating capacity will need to be constructed by then to achieve that goal.

IPCC-Klimawandel-Report irreführend?

(Dieser Abdruck ist für ContraSalon typisch. Ich identifiziere mich mit den Thesen in keiner Weise, bin aber der Meinung, dass sie zur Klima-Debatte gehören)

““““ Friends of Science, - Presseerklärung: Der neue Klimawandel-Report SR15 des IPCC beruht auf falschen Grundlagen. Politik auf dessen Basis führt zu Schwierigkeiten und Nachteilen.

Die Friends of Science-Gesellschaft hat einen neuen Report veröffentlicht mit dem Titel „Faulty Premises = Poor Public Policy on Climate“. Darin werden die Klimakatastrophen-Behauptungen ebenso widerlegt wie die fehlerhaften und ineffektiven Lösungen und Vorschläge zu einer Kohlenstoff-Steuer zurückgewiesen werden, wie sie im IPCC-Klimawandel-Report SR15 – veröffentlicht am 8. Oktober 2018 – zum Ausdruck kommen. Der Link: ipcc.ch/report/sr15/.

Der neue IPCC-Bericht ist unverantwortlich, wenn er eine rapide Dekarbonisierung verlangt und dafür ein unmögliches Ultimatum von 12 Jahren setzt. Wind und Solar können nicht einmal grundlegende Bedürfnisse der Gesellschaft decken, was Prof. Michael Kelly von der Cambridge University bereits 2010 schrieb.

Zum gesamten FG-Report: Der jüngste SR15-Report des IPCC versucht die Implikationen einer Erwärmung um 1,5°C über die Temperatur der vorindustriellen Ära zu prophezeien. Der Schwerpunkt des Reports liegt auf dem Einfluss industrieller Emissionen von Kohlendioxid als hypothetischem Treiber des Klimawandels und der jüngsten Erwärmung.

Friends of Science-Gesellschaft kritisiert SR15-Report des IPCC aus folgenden Gründen:

1. Wir leben in der Meghalayan-Epoche, nicht im Anthropozän. Im SR15-Report wird behauptet, dass man den Klimawandel durch „die Lupe des Anthropozän“ betrachtet. Mit diesem Terminus wird allgemein eine neuzeitliche geologische Periode bezeichnet, in welcher die Menschen vermeintlich die Welt stärker beeinflussen als die Natur. Am 13. Juli 2018 veröffentlichte die International Union of Geological Sciences (IUGS) ein Statement, wonach sich die Erde derzeit in der Meghalayan-Epoche befindet, einer Periode also, die vor 4200 Jahren begann. Als Antwort auf die Frage, warum der Terminus „Anthropozän“ in dem Statement nicht vorkam, zumindest für die letzte 50 Jahre eines vermuteten menschlichen Einflusses, erwiderte die IUGS, dass der Terminus „Anthropozän“ nicht einmal in Erwägung gezogen worden ist und dass er lediglich soziologische, aber keine wissenschaftliche Relevanz hat. Das IPCC sollte diese ‚Lupe‘ nicht verwenden.
2. Alle vom IPCC herangezogenen Modell(-simulationen) laufen ‚viel zu heiß‘ im Vergleich mit Messungen. Die Computer-Simulationen projizieren eine zukünftige Erwärmung (und bilden die Rationale für eine Klimapolitik bzgl. globaler Erwärmung). Sie zeigen signifikant höhere Temperaturwerte als die, welche gemessen werden. Nur das russische Klimamodell und die Daten von Satelliten und Wetterballonen passen gut zu den gegenwärtigen Temperaturen in der unteren Troposphäre. Dies zeigt, dass die meisten Klimamodelle von einem viel zu hohen Erwärmungseffekt durch Kohlendioxid ausgehen (Klima-Sensitivität). Dies bedeutet, dass man die Klimamodelle nicht als Grundlage für staatliche Politik heranziehen sollte.
3. Temperaturdaten können nicht mit einer Präzision von weniger als $\pm 0.1^\circ\text{C}$ gemessen werden. Globale Temperaturdaten sind ein Parameter gemittelter und adjustierter Daten aus vielen Quellen. Dies zeigt, dass eine Temperaturdifferenz von $0,5^\circ\text{C}$ irrelevant und eine willkürliche Zahl ist. Sie ist keine tatsächliche Messung der Temperatur der Erde; die Öffentlichkeit wird in die Irre geführt.
4. Das IPCC behauptet, seiner Satzung folgend politisch neutral zu sein. Allerdings erhebt das IPCC viele Forderungen hinsichtlich von Systemen zur Entfernung von Kohlendioxid (CDRS), von denen viele nicht getestet und ungeeignet und außerdem keiner Kosten-Nutzen-Analyse unterzogen worden sind. Derartige Forderungen stehen in direktem Widerspruch zum Anspruch des IPCC und sollten von den Politikern nicht beachtet werden. Das IPCC sollte einfach nur wissenschaftliche Ergebnisse bekannt machen.
5. Eine vom IPCC geforderte rapide Dekarbonisierung ist unmöglich und unrealistisch. Die Welt hängt zu über 80% von fossilen Treibstoffen ab. Alle anderen Verfahren zur Energieerzeugung, darunter Wasserkraft, Kernkraft, Wind und Solar hängen vollständig von fossilen Treibstoffen ab für deren Einrichtung. Millionen Menschen würden sterben, falls eine rapide Dekarbonisierung wirklich umgesetzt werden würde. Für eine moderne Gesellschaft gibt es keine passende und gleichberechtigte Alternative zu fossilen Treibstoffen. Jedes offizielle internationale Wissenschaftler-Gremium, welches Maßnahmen fordert, die zum Massensterben führen, sollte davongejagt werden.
6. Es gibt keine Beweise dafür, dass Änderungen oder eine Erwärmung seit Mitte des 19. Jahrhunderts den Verbrauch fossiler Treibstoffe seitens der Menschheit zur Ursache haben – obwohl es tatsächlich eine gewisse Erwärmung sowie verschiedene erkennbare Änderungen einiger natürlicher Phänomene gegeben hat. Tatsächlich liegt die Bandbreite des zur Diskussion stehenden Klimawandels deutlich innerhalb der natürlichen Variation seit dem Jahr 1850. Ebenso sind globale Temperaturaufzeichnungen unvollständig und inkonsistent; Messverfahren und Platzierungen der Messpunkte wurden verändert, und die Temperatur wird nicht gleichzeitig an verschiedenen Standorten gemessen. Die Validität der globalen mittleren Temperatur ist unpräzise.
7. Die geforderten Abhilfen in Gestalt von Wind und Solar lassen Kohlendioxid weiter zunehmen und verursachen Erwärmung. Anstatt den Verbrauch fossiler Treibstoffe zur Reduktion von Kohlendioxid zu reduzieren, verbrauchen Wind und Solar in Wirklichkeit riesige Mengen fossiler Treibstoffe für deren Herstellung, Errichtung und Backup durch Erdgas – was zu einer Zunahme von Kohlendioxid führt. Wind und Solar sind ineffektiv, teuer und destabilisieren Stromnetze. Damit wird

